

Stadtbuch Koblenz 2008

Gesundheit

Politik

Freizeit

Leben & Arbeiten

Info-Teil

Kunst & Kultur

Geschichte

Stadtteile



STADTCHRONIK 2007

Vor 75 Jahren – Die „Machtergreifung“ der Nazis in Koblenz

Auch dieses Jahr sind es wieder zwei Tage, die aus den Daten unserer sehr schnelllebigen Welt herausragen: das ist einmal der 75. Jahrestag der sog. Machtergreifung der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 und es ist zum zweiten der 70. Jahrestag der sog. Reichspogromnacht am 9. November 1938. Beides sind Gedenk- und Mahntage aus der „nur“ 12 Jahre währenden Zeit des Nationalsozialismus, die aber heute noch unser Selbstbild und unser Bild in der Welt mitprägen. Der 30. Januar 1933 stand am Anfang dieses Zeitabschnitts. Das Datum ist immer wieder mit den gleichen Fragen verknüpft:

- Wie war es möglich, dass sich die deutsche Gesellschaft 15 Jahre nach dem verlorenen I. Weltkrieg in einen 2. Krieg treiben ließ („Wer Hitler wählt, wählt den Krieg“)?
- Wie war es möglich, dass eine hoch zivilisierte Gesellschaft eine Terrorherrschaft zuließ, die am Ende insgesamt sechs Millionen Juden und fünf Millionen andere Opfer des Nationalsozialismus forderte?
- Warum gab es keinen Massenprotest gegen diese Willkür und gegen diese Grausamkeiten?
- Was wusste die Bevölkerung?
- Und: Wie kam es, dass die Parlamente die Kontrolle über die Regierungen verloren und die Justiz ihre Rolle als Wahrer des Rechts nicht mehr wahrnahm?

Die Anfänge des Nationalsozialismus in Koblenz und Umgebung sind untrennbar verknüpft mit den Namen zweier Gauleiter, Dr. Robert Ley (1890 – 1945) und vor allem Gustav Simon (1900 – 1945). Der im Saarland geborene Diplomhandelslehrer Simon gründete noch

während seines Studiums im Oktober 1926 in Hermeskeil die Ortsgruppe der NSDAP und war im Hochwald sehr aktiv. Schon 1928 machte ihn Ley zum Leiter des Bezirks Trier-Birkenfeld. Nach diesen ersten Erfolgen beorderte Gauleiter Ley ihn nach Koblenz, um die zerstrittenen Nazis zu einer starken Ortsgruppe zusammenzuführen. In einem Bericht der Polizeiverwaltung Koblenz heißt es u.a. dazu:

„Am 24. März 1929 fand im Restaurant Löbbermann in der Münzstraße eine Mitgliederversammlung der Nationalsozialisten statt. Anwesend waren ca. 150 Personen. Aufgabe dieser Versammlung war es, die vor mehreren Monaten infolge innerer Zwistigkeiten aufgeflogene Ortsgruppe Koblenz der NSDAP neu zu gründen. Innerhalb der Koblenzer Anhänger der NSDAP bestehen zwei Strömungen, eine radikalere, die in der Hauptsache geführt und beeinflusst wird vom Kölner Gauvorstand, und eine gemäßigtere, die sich zum Teil aus älteren Bürgern der Stadt Koblenz zusammensetzt. Die Gegensätzlichkeiten der beiden Strömungen kamen in der geschlossenen Mitgliederversammlung wieder scharf zum Ausdruck, so dass es vorläufig nicht gelang, einen neuen Vorstand für die Ortsgruppe Koblenz zu bilden. Die Ortsgruppe an sich wurde wieder ins Leben gerufen. An die Spitze dieser Ortsgruppe wurde der aus Hermeskeil nach hier zugezogene Gewerbelehrer Simon (...) gestellt. „

Kurz darauf wurde Simon Leiter des NSDAP-Bezirks Koblenz. Seine ersten Erfolge hatte er gleich bei den Stadtverordnetenwahlen am 20. November 1929. Im katholisch und durch die

Beamten geprägten Koblenz erhielt die NSDAP 18,1 % der abgegebenen gültigen Stimmen. Dies ergab acht Stadtverordnetenmandate, die Fraktion der NSDAP – mit Simon an ihrer Spitze – wurde damit nach dem Zentrum (mit 16 Mandaten) – die zweitstärkste Fraktion im Stadtparlament.

Die Nazis agierten aber nicht nur „legal“. Immer wieder diffamierten und beleidigten sie Politiker und Beamte. Oftmals war Dr. Ernst Biesten (1884 – 1953), der erste Polizeipräsident von Koblenz, schwerwiegenden Ehrabschneidungen und mehr ausgesetzt. Als er mit seiner Polizei das in Preußen – endlich – im Juni 1930 erlassene Uniformverbot für die SA und SS durchsetzte, hetzte das Koblenzer Nationalblatt:

„Dieser Vorfall beweist wieder einmal mit erschreckender Deutlichkeit, was für Elemente wir in Koblenz als Polizisten herumlaufen haben (...) Wie die Aasgeier stürzten sich die Jammergestalten, nun plötzlich mutig geworden, auf die Zivilparteiengenossen. Herr Dr. Biesten scheint die Absicht zu haben, sich den Herren in Berlin möglichst empfehlend in Erinnerung zu bringen (...). Der Terror des neudeutschen Systems treibt üppige Blüten (...) Die gestrigen Vorfälle bestärken uns nur in dem Bewusstsein, dass die Herren des heutigen Systems wissen, dass der Endkampf gekommen ist. Wir werden uns durch die kleinlichen Schikanen untergeordneter oder übergeordneter

Ideologischer Größenwahn. Der Vorplatz des Koblenzer Schlosses wurde zur germanischen Versammlungsstätte (Thing-Stätte) umfunktioniert.



Organe nicht aus der Ruhe bringen lassen, die SA verharrt in eiserner Disziplin und rüstet sich für den Tag, der nicht mehr fern ist, für den Tag, an dem Deutschland seine Ketten zerbricht, an dem das Volk seine Geschicke selbst in die Hand nimmt.“

Doch blieb es nicht bei diesen verbalen Angriffen. Immer wieder provozierten die Nazis auch Schlägereien, getreu ihrem Motto: „Wir prügeln uns groß.“ Eine solche war die „Blutkirmes von Horchheim“. Als die Nazis nach ihrer Sonnenwendfeier am 21./22. Juni 1930 von der Schmittenhöhe durch Horchheim marschierten, legten sie sich mit Mitgliedern des Arbeitergesangsvereins an, die dort zur Vorkirmes versammelt waren. Konnte die Polizei zunächst die Nazis noch in Schach halten, marschierten Stunden später ca. 200 SA-Leute u.a. durch Horchheim in Richtung Lahnstein. Unter Johlen und Pfeifen warfen sie mit Steinen und Bierflaschen die Fensterscheiben der Häuser ein, bei denen aus Anlass der bevorstehenden Kirmes schon die Reichsflagge Schwarz-Rot-Gold gehisst war, und riefen: „Wir stecken das ganze Nest in Brand!“ Dieser schwere Landfriedensbruch fand übrigens keine strafrechtliche Sanktion. Von den 200 Nazis wurde nur ein einziger angeklagt und dieser dann auch noch freigesprochen. Stattdessen verurteilte man einen Bürger Horchheims, der sich den Nazis entgegengestellt hatte, zu drei Monaten Gefängnis mit Bewährung: Ein

ebenso fürchterliches wie bezeichnendes Ergebnis.

Nachdem die Reichstagswahlen am 6. November 1932 mit 33,1 % (in Koblenz kam

sie auf 32,4 %) zwar Einbußen für die NSDAP brachten, ihren Einfluss aber nicht entscheidend zurückdrängen konnten, setzte sich die „Agonie auf Raten“ der ersten deutschen Demokratie fort. Dem gescheiterten Reichskanzler von Papen folgte Anfang Dezember 1932 der General Kurt von Schleicher. Keine zwei Monate später ist auch er am Ende. Papen und die Deutschnationalen favorisierten Hitler als neuen Reichskanzler. Der Reichspräsident von Hindenburg beruhigte noch den Chef der Heeresleitung mit den Worten: „Sie werden mir doch nicht zutrauen, dass ich diesen österreichischen Gefreiten zum Reichskanzler berufe.“

Drei Tage später, am 30. Januar 1933, ernannte Reichspräsident von Hindenburg eben diesen Adolf Hitler zum 21. Reichskanzler der Weimarer Republik. Er bildete das 24. Reichskabinett der Weimarer Republik. In ihm sind „nur“ drei Nationalsozialisten vertreten: Neben Hitler als Reichskanzler noch Wilhelm Frick als Reichsinnenminister und Hermann Göring als Reichsminister ohne Geschäftsbereich und zugleich als geschäftsführender Innenminister in Preußen. Das war nun die sog. Machtergreifung der Nazis – eigentlich sehr unspektakulär. Am Nachmittag des 30. Januar fuhr Hitler in die Reichskanzlei; beim Eintritt erklärte er: „Keine Macht der Welt wird mich jemals lebend hier wieder herausbringen.“ – Mit dieser düsteren Drohung sollte Hitler leider recht behalten.

Am Abend des 27. Februar 1933 passierte dann das, was die nächste Zeit entscheidend mitprägen sollte: der Brand des Reichstages. Die Schuld wiesen die Nazis sofort den Kommunisten zu. Die Brandlegung ist bis heute umstritten und höchstwahrscheinlich nie mehr aufklärbar. Am folgenden Tag erließ der Reichspräsident die „Reichstagsbrand-Verordnung“. Mit dieser „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat“ sollten „kommunistische staatsgefährdende

Gewaltakte“ abgewehrt werden; tatsächlich setzte sie die Grundrechte „bis auf Weiteres außer Kraft“ und schaffte die scheinlegale Grundlage für die staatspolizeiliche „Schutzhaft“ (ohne gerichtliche Kontrolle). Die kommunistische und in Preußen zugleich auch fast die gesamte sozialdemokratische Presse wurden verboten. Die „Rheinische Warte“ ist seitdem nie mehr erschienen. Im gesamten Deutschen Reich wurden tausende von Kommunisten, sofern sie nicht fliehen konnten, nach vorbereiteten Listen verhaftet. Aus Koblenz und Umgebung kamen ca. 80 Kommunisten in „Schutzhaft“. Einer der ersten war Jakob Newinger (1889 – 1972), der in seiner Wohnung in Metternich, Trierer Straße, festgenommen wurde. Später berichtete er darüber wie folgt:

„Ich selbst wurde am 28. Februar 1933 als erster verhaftet und in Schutzhaft genommen. Die darauf folgenden Tage kamen noch viele Genossen dazu. Die Zellen waren überbelegt. Bei meiner Verhaftung waren noch mehrere Genossen in meiner Wohnung, um über weitere Maßnahmen zu sprechen. Diese Genossen blieben unberührt, denn sie hatten nur die Anweisung zu meiner Festnahme. Die Straße war sehr belebt durch den Karneval. Die Menschen protestierten gegen meine Verhaftung und verlangten meine sofortige Freilassung. Als die Ansammlung immer größer wurde, rief der Naziwirt das Überfallkommando an, was auch bald erschien und mich unter Protest der Massen ins Auto zerrte und ins Polizeigefängnis brachte. Anderen Tages kamen noch mehr bekannte Genossen hinzu. Man hatte eine größere Zelle für den ersten Empfang eingerichtet. Die Polizei versäumte auch nicht, einen Spitzel und Provokateur in unsere Zelle zu bringen. Da wir dessen Machenschaften schnell erkannt haben, verlangten wir die Entfernung dieses Provokateurs aus unserer Zelle. Er soll seine Rolle auf einer Einzelzelle spielen und wir wurden ihn



los. Als die Verhaftungen ein größeres Ausmaß (an)nahmen, brachte man uns in das Koblenzer Gefängnis, wo auch bald die Zellen überfüllt waren und wir mussten Bekanntschaft mit Wanzen machen. Alles Ausräuchern half nichts, denn sie waren und blieben da. Der Gefängnisarzt Dr. Eiden war ein alter Freund und ein fanatischer Nazi und sein Hass galt vor allem den Kommunisten. Meldete sich einer von den Genossen krank, dann wurde er von einem Beamten zum Arzt gebracht, welcher gar keine Untersuchung vornahm, und nur von seinem Stuhl aus eine Tablette oder irgendeinen Tee verschrieb. Ein großer Teil unserer Genossen wurde morgens von den Nazis abgeholt um zu arbeiten.“

Bei den letzten, „halblegalen“ Reichstagswahlen am 5. März 1933 erreichte die NSDAP reichsweit 43,9 % der abgegebenen Stimmen, zusammen mit der „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“ (einem Zusammenschluss von DNVP und „Stahlhelm“) kamen sie auf 51,9 %. In Koblenz waren die Ergebnisse mit 41,5 % für die NSDAP und 8,4 % für die „Kampffront Schwarz-Weiß-Rot“ (zusammen 49,9 %) nicht wesentlich anders.

Unterdessen gelang den Nazis und ihren Helfern in Berlin ein parlamentarischer Coup: Auf Initiative Hitlers verabschiedete der Reichstag mit 2/3-Mehrheit das „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“ vom 24. März 1933 – und schaffte sich damit selbst ab. Dieses sog. Ermächtigungsgesetz sah vor, dass Reichsgeset-

Widerstand leistete das Reichsbanner

Schwarz-Rot-Gold, ein Bund vor allem von Mitgliedern der SPD und Gewerkschaftern (Motto: „Vorwärts immer, rückwärts nimmer!“). Später, Ende 1931, versuchte man daraus eine „Eiserne Front“ zur Abwehr des Nationalsozialismus zu schmieden. Die Rettung der Republik misslang, weil von Anfang an sowohl Bürgertum als auch Kommunisten nicht einbezogen waren.

Bei der Präsentation des Reichsbanners während einer Ausstellung in der Rheinischen Landesbibliothek Koblenz: Heribert Heinrich, SPD-MdL; Gabi Weber, DGB-Vorsitzende; Staatssekretär Roger Lewentz; Joachim Hennig, Autor (v.l.n.r.)

ze auch von der Reichsregierung beschlossen werden konnten. Dagegen stimmten nur die Sozialdemokraten, sofern sie überhaupt anwesend und nicht verhaftet oder geflohen waren; die kommunistischen Reichstagsabgeordneten befanden sich ohnehin in „Schutzhaft“.

Neben diesen politischen Gegnern kamen zu dieser sehr frühen Zeit bereits auch die Juden in das Fadenkreuz der Nazis. Nach einem Aufruf Hitlers gegen die Juden organisierten sie am 1. April 1933 einen Boykott über alle Geschäfte, Warenhäuser, Rechtsanwaltskanzleien, Arztpraxen usw. („Deutsche wehrt Euch! Kauft nicht bei Juden!“). Nach den Meldungen der schon weitgehend gleichgeschalteten Presse zu urteilen, war der Boykott in Koblenz unmittelbar kein großer Erfolg. Aber man muss auch die weitere Wirkung sehen. Schon vier Tage später meldete die Presse – zustimmend und ohne jeglichen Protest –, dass von den sieben beim Koblenzer Land- und Amtsgericht zugelassenen sieben jüdischen Rechtsanwälten künftig nur noch einer zugelassen werde. Wiederum zwei Tage später ergingen das „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ und das „Gesetz über die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft“. Mit diesen beiden – von der Reichsregierung aufgrund des „Ermächtigungsgesetzes“ erlassenen – Gesetzen wurden viele jüdische Beamte, Richter und

Rechtsanwälte aus ihren Ämtern und Praxen entfernt. Ebenso ausgeschaltet wurden u. a. politisch missliebige Beamte.

Damit „legalisierte“ man auch die zuvor erfolgten Maßnahmen gegenüber Dr. Wilhelm Guske (1879-1957) als Vizepräsidenten der Rheinprovinz, Dr. Ernst Biesten als Koblenzer Polizeipräsidenten und Dr. Hugo Rosendahl (1884-1964) als Oberbürgermeister von Koblenz. Zugleich war es die scheinlegale Handhabe zur Entlassung des Oberpräsidenten der Rheinprovinz Hans Fuchs (1874 - 1956) und des Regierungspräsidenten Walter von Sybel (1883-1973). Statt ihrer wurden Oberpräsident der Rheinprovinz der deutschnationale Freiherr Hermann von Lüninck (1893 - 1975), Regierungspräsident von Koblenz der SS-Sturmbannführer Harald Turner (1891 - 1947), Oberbürgermeister von Koblenz der Regierungs- und Gewerbeberater Otto Wittgen (1881 - 1941) und Polizeipräsident von Koblenz der SA-Brigadeführer Wetter.

Nach der Eroberung des Staatsapparats in Ländern und Gemeinden gingen die Nazis daran, die gesellschaftlichen Organisationen zu zerstören bzw. wie sie es nannten „gleichzuschalten“. Am 2. Mai 1933 wurden in Deutschland – und auch in Koblenz – schlagartig die Gewerkschaftshäuser besetzt und die Gewerkschaften aufgelöst. Dabei nahmen sie auch Gewerkschafter vorübergehend in „Schutzhaft“, einer der Betroffenen war der Gewerkschafter und Vorsitzende des SPD-Unterbezirks Koblenz Johann Dötsch (1890-1946).

In der SA-Kaserne am Clemensplatz wurden sie mehr oder minder vor den Augen und Ohren der Bevölkerung misshandelt und verhört. Jedenfalls eines ihrer Opfer starb alsbald an den Folgen der Folter.

Die „Machtergreifung“ der Nazis 1933 führt uns vor Augen, wie innerhalb weniger Monate, ja innerhalb weniger Wochen eine Demokratie, ein Rechtsstaat und die Grund- und Menschenrech-

te seiner Bürger beseitigt und in ihr Gegenteil verkehrt werden können. Der große deutsche Dichter Bert Brecht, selbst Opfer der Nazis und Emigrant, lässt in dem 1944 in den USA geschriebenen Theaterstück „Der Kaukasische Kreidekreis“ den Richter Azdak sagen: „Das Recht ist weg wie nix, wenn nicht aufgepasst wird.“

Text: Joachim Hennig

Wahltag in Koblenz.

„Luftschiff LZ 129 über Koblenz. Begeisterte Menschenmengen jubeln den Luftriesen zu. (...) Nun dröhnt plötzlich irgendwoher eine orkanartige Stimme. Man muß sich akustisch erst orientieren, um zu erfassen, daß dieses

Rufen aus LZ 129 kommt.

>>Der Führer ist Deutschland, und Deutschland ist der Führer<<.“

